Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Nächstfolgende eingesandter Manuscripte macht die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 243. Freitag den 31. August 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß am Nationalfesttage Deutschlands, **den 2. September, Vormittags 9 Uhr** ein **Dank- und Festgottesdienst** in der **Thomaskirche** stattfinden wird.

Für die **Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft**, sowie der **Königl. Behörden** und für die **Herren Stadtverordneten** werden bei diesem Gottesdienste, **soweit thunlich**, im Mittelgange Plätze reservirt werden.

Leipzig, am 24. August 1883.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
D. Lechler. Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Der officielle Anfang der diesjährigen
Michaelismesse
fällt auf den
24. September
und es endigt dieselbe mit dem
13. October.

Während dieser drei Wochen können alle **in- und ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbstreibende ihre Waaren hier öffentlich feilbieten.

Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Vorwoche, vom 17. September an betrieben werden.

Das **Auspacken** der Waaren ist den Inhabern der Meßlocale in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Büttchenwoche gestattet.

Zum **Einpacken** ist das Offenhalten der Meßlocale in den **Häusern** auch in der Woche nach der Zahlwoche erlaubt. Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocals, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird außer der sofortigen Schließung jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, am 18. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die im Jahre 1873 getroffene Anordnung, wonach **auf den mit Marktständen besetzten Straßen und Plätzen das Anfahren der Waaren und Belegen der Stände erst von früh 4 Uhr an gestattet ist**, wird mit dem Bemerken hierdurch eingeschärft, daß Zuwiderhandelnde **um Geld bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen** bestraft werden.

Leipzig, am 29. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Expeditionslocale wird
Donnerstag, den 30. und
Freitag, den 31. August
nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr expedirt.

Leipzig, 28. August 1883.

Das Königl. Sächs. Standesamt.
Director Julius Burckhardt.

Bekanntmachung.

Die Entschädigung für die in der Zeit vom 19./20. bis mit 28. August cr. allhier an der Johannisgasse, Königs-, Nürnberger Straße und am Roßplatz einquartirt gewesenen Truppen vom K. S. **8. Infanterie-Regiment Nr. 107** kann in den nächsten Tagen bei unserm Quartier-Amte, Stadthaus, 2. Etage, erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 29. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. 2.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gegeben, daß in der Kirche zu St. Matthäi **mit dem 2. September a. cr. — 15. Sonntage nach Trinitatis —**, unter Wegfall der versuchsweise eingeführten Morgengottesdienste, **die Abendgottesdienste von 6 bis 7 Uhr wieder ihren Anfang nehmen.** Für Weiteres verweisen wir auf den wöchentlichen Kirchenzettel in diesem Blatt.

Leipzig, am 28. August 1883.

Der Kirchenvorstand zu St. Matthäi.
(gez.) D. Ewers.

Königliches Gymnasium.

Zur Feier des Sedanfests, Sonnabend, den 1. September, Vormittags 9 Uhr Actus (Festredner Prof. Dr. Klotz) und Schaureden, wozu die Angehörigen der Schüler und die Freunde der Schule ergebenst einladet

Leipzig, am 30. August 1883. **Richard Richter,** Rector.

Nicolaigymnasium.

Zu dem am 1. September **Vormittags 10 Uhr** in der Aula der Schule stattfindenden Actus ladet im Namen des Lehrercollegiums hierdurch ganz ergebenst ein

Leipzig, den 30. August 1883. Dr. Th. Vogel.

Sedanfeier der Thomasschule.

Zu dem Sonnabend, den 1. September, früh 10 Uhr stattfindenden Actus beehre ich mich im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen.

Leipzig, am 30. August 1883. Dr. Jungmann.

Arzt-Gesuch.

Im hiesigen Orte mit ca. 14,000 Einwohnern ist nach dem Ableben zweier Aerzte zur Zeit **nur noch ein** solcher selbst, so daß augenblicklich viele hiesige Einwohner ärztliche Hilfe in benachbarten Ortschaften suchen müssen.

Es erweist sich daher als dringendes Bedürfniß, daß sich, **wenn** nicht mehrere, so doch mindestens noch ein Arzt recht bald hier niederlasse, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß tüchtigen Kräften sich hier ein angemessenes Arbeitsfeld bietet.

Indem wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, erklären wir uns gern bereit, den Herren Interessenten jede etwa gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Lindenau-Leipzig, am 29. August 1883.

Der Gemeinderath.
Queck, Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

Montag, den 17. September a. c. Vormittags 10 Uhr werden hinter der Hauptwache zu **Borna** die auszumusternden Dienstpferde der 1., 2. und 4. Escadron und

Dienstag, den 18. September a. c., Vormittags 10 Uhr vor der Hauptwache zu **Pegau** diejenigen der 3. und 5. Escadron unter den vor der Auction bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend verkauft.

E.-Qu. Pegau, am 29. August 1883.

Für den abcommandirten Oberst und Regiments-Commandeur:
von Globig,
Major und etatsmäßiger Stabsofficier.

Nichtamtlicher Theil.

Die Unruhen in Ungarn und Kroatien.

Obwohl ein Zusammenhang zwischen den Judenverfolgungen im Zalaer und Somogyer Comitat mit der Auflehnung gegen die ungarische Staatsgewalt in Kroatien nicht besteht, so ist doch beiden Bewegungen die Mißachtung der Landesobrigkeit gemeinsam. Es geht ein Zug der Widersetzlichkeit gegen die Executivgewalt durch ganz Ungarn und Kroatien und man wird kaum fehlgreifen, wenn man als die letzte Ursache dieser bedenklichen Erscheinung die vollständige Regierungsunfähigkeit der magyarischen Rasse erkennt. Welche Zustände in Ungarn sich herausgebildet haben, seit dieses Land auf sich selbst gestellt ist, das hat der Tisza-Eszlarer Proceß gezeigt. In Ungarn herrscht nicht Recht und Gesetz, sondern die persönliche Willkür der Personen, welche das Heft in Händen haben. Wer diesen Leuten nicht den Willen thut, wird ins Gefängniß geworfen, gemartert, er ist allen Unbilden, die nur Gewaltthätigkeit mit Erfindsamkeit gepaart zu ersinnen vermögen, preisgegeben, und kann noch von Glück sagen, wenn er überhaupt seinen Peinigern entrinnt. Die Volksvertretung in Ungarn ist ein reines Possenspiel. Unter der Herrschaft aller bösen Leidenschaften mit Gewalt und Bestechung gewählt, kommen die ungarischen Volksvertreter regelmäßig nur zusammen, um zu lärmen und zu schreien und sich gegenseitig anzuklagen und zu verdächtigen. Der größte Theil der Zeit wird mit Interpellationen ausgefüllt, welche nur der Neugier der Fragesteller ihren Ursprung verdanken, ernste Gesetzgebungsarbeit kennen die ungarischen Volksvertreter nicht, dazu fehlen ihnen auch, einzelne Ausnahmen abgerechnet, die nöthigen Kenntnisse, die meisten betrachten den Parlamentarismus als Sport, als „a Hetz", wie man in Wien und trotz alles Magyarismus auch in Pest zu sagen pflegt.

Die nothwendige Folge ist, daß in Ungarn ein nahezu anarchischer Zustand herrscht; die Steuern gehen sehr unregelmäßig ein, und wenn nicht die österreichische Nationalbank zeitweise ihre milde Hand aufthäte, um den ungarischen Finanzen aufzuhelfen, dann wüßten die Herren Staatsleiter in Pest oft nicht wo aus und wo ein. Da man sieht, wie es die Richter und Verwaltungsbeamte, die Ober- und Vicegespane, die Notäre und Vicenotäre treiben, so bildet sich auch bei Leuten, die nicht in Amt und Würden stehen, allmälig die Vorstellung heraus, daß der Ausgang von Processen sich ihren Privatwünschen anbequemen muß, und wenn das Gegentheil geschieht, so wird der Geist des Widerstandes erregt. Dabei spielt das materielle Interesse eine Hauptrolle. Die ungarischen Bauern sind vielfach tief verschuldet und unter den Gläubigern stehen die Israeliten obenan. Wir wollen hier nicht untersuchen, auf welche Weise die Schulden entstanden sind, Thatsache ist nur, daß sie existiren und den Schuldnern sehr unbequem sind. Daraus entwickelt sich dann jener Haß, welcher sich wie in Csurgo in dem Rufe Luft macht: „Wir lassen uns lieber in Stücke hauen, als daß wir die Juden noch ferner bei uns dulden." Der beklagenswerthe Haß gegen die Juden ist nicht durch die Istoczy und Simonyi systematisch aufgestachelt worden, wie man die Sache vielfach dargestellt hat, sondern er war längst da, bevor sich die genannten Herren zu Führern der Bewegung aufwarfen. Worauf es ankommt, ist, daß es den Organen der Regierung meist an demjenigen Ansehen beim Volke fehlt, welches durch unparteiische Anwendung von Recht und Gesetz erlangt und befestigt wird, das Volk in Ungarn in den Städten und auch auf dem Lande hat keine Achtung vor den Vertretern der Regierung, sonst wären Vorgänge, wie sie sich im Zalaer und Somogyer Comitat jetzt täglich abspielen, ein Ding der Unmöglichkeit.

Ganz dieselbe Erscheinung wiederholt sich in Kroatien. Die Kroaten sind voll Begeisterung für ihren Banus, aber von den Beamten der ungarischen Krone wollen sie nichts wissen. Ihren Banus feiern sie durch Fackelzüge und begrüßen ihn mit Ziviorufen, weil er die Kroaten gegen die Zumuthungen der Ungarn in Schutz genommen und sich nicht als Werkzeug der ungarischen Regierung hergeben will. Das ungarische Wappen ist den Kroaten nur deshalb so widerwärtig, weil sie die Willkür der Leute scheuen, welche unter diesem Zeichen ihr Amt ausüben, die Steuerexecutionen sind die einzige Form, in welcher sich ihnen die ungarische Regierungsgewalt zu erkennen giebt und deshalb richtet sich der Ingrimm der Leute auch in erster Linie gegen die Wappen über der Finanzwache. Das Vorgehen der Bauern in Maria Bistritza gegen den Vorstand der Zlataer Gespanschaft Eblup ist bezeichnend für die Beweggründe der Bewegung. Sie nahmen ihn gefangen und zwangen ihn, eine Erklärung zu unterschreiben, welche besagt, daß sie keine Ungarn seien, sondern Kroaten. Diese Abneigung gegen Ungarn datirt nicht von gestern, sondern war von jeher vorhanden, sie ist aber bis aufs Aeußerste gesteigert worden durch die Unfähigkeit, welche die Ungarn seit dem Ausgleich gezeigt haben, ein geordnetes Staatswesen herzustellen. Es werden deshalb auch bereits Stimmen laut, welche Zweifel ausdrücken, ob sich der Ausgleich überhaupt werde auf die Dauer aufrecht erhalten lassen, ob es nicht einer Centralgewalt bedürfen wird, welche die immer heftiger auseinander strebenden Theile des Ganzen zusammenhalten muß. Die Grenzen des Dualismus werden durch die slavische Bewegung mehr und mehr verwischt; in Ungarn sind es Slaven und Magyaren, welche sich gegenseitig bekämpfen, in Oesterreich Slaven und Deutsche. Je mehr die Taaffe'sche Politik zur Geltung gelangt, desto breiter wird die Kluft, welche die Nationalitäten von einander trennt, und desto schwerer wird es beim Eintritt der rückläufigen Bewegung, die auseinanderstrebenden Völkerschaften wieder zu einem Ganzen zusammenzuschließen. Den Czechen dämmert bereits eine Ahnung von dem auf, was früher oder später kommen muß, sie verhalten sich der kroatischen Bewegung gegenüber mäuschenstill und wollen damit in ihrer Eigenschaft als Slaven absolut nichts zu thun haben. Und doch wollen die Kroaten im Grunde genommen von den Ungarn nichts Anderes, als was die Czechen von den Deutschen beanspruchen. Die Kroaten sind aufrichtiger, sie nennen das Ziel, was sie vor Augen haben, staatliche Trennung von Ungarn, die Czechen begnügen sich damit, von Versöhnung zu reden, während sie unter diesem Aushängeschild auch nur die volle staatliche Selbstständigkeit, das Herauskreten aus dem Gesammtverband der Monarchie anstreben. Die Saat, welche Graf Taaffe seit drei Jahren ausgestreut hat, ist wider Erwarten schnell und kräftig aufgegangen und treibt Keime auch jenseits der Leitha. Der Nationalitätenstreit hat bereits eine Ausdehnung genommen, welche der Regierung über den Kopf zu wachsen beginnt, diese Thatsache wird unzweifelhaft auch bei den neulichen Wiener Ministerconferenzen zur Sprache gekommen sein. Vorläufig ist abzuwarten, ob die ungarische Regierung die aufständischen Elemente in Ungarn und Kroatien noch aus eigener Kraft zu bändigen vermag, allzu großes Vertrauen darf man auf die Geschicklichkeit und die Kraftentfaltung der ungarischen Regierung nicht setzen.

Aus dem Reichstage.

H. **Berlin**, 29. August. Die Eröffnung des Reichstages hat in der wenig formellen Art stattgefunden, wie wir es vorher gesagt haben, und ebenso ist unsere Mittheilung, daß es sich während der außerordentlichen Session lediglich um die Annahme des **deutsch-spanischen Handelsvertrages** handelt, bestätigt worden. Die Mahnungen der Presse hatten gefruchtet, die Parteien sind sämmtlich außerordentlich stark vertreten, das Resultat des Namenaufrufes, die Anwesenheit von 260 Mitgliedern, wurde mit Bravo begrüßt. Der Antrag des Abg. Windthorst, das Bureau einfach durch Acclamation wiederzuwählen, gelangte zur Annahme, also auch hier hat sich der Correspondent der „Breslauer Zeitung" wie in vielem Anderen getäuscht, sogar die Fortschrittler erklärten, den einem Widerspruch in Anbetracht der kurzen Session absehen zu wollen. Die Form der Thronrede hat im Allgemeinen befriedigt, der Hinweis auf die einzuholende Indemnität kam den fortschrittlichen Nörglern etwas überraschend. (Wir haben unsere Auffassung über die Indemnität gestern klar gelegt und freuen uns, dieselbe von den Nationalliberalen, dem Centrum und beiden conservativen Gruppen getheilt zu sehen. Die Redaction.) Ein formelles Indemnitätsgesuch ist überflüssig, die Regierung zeigt durch die Einberufung des Reichstags, durch die Nachsuchung der nachträglichen Genehmigung, daß sie streng verfassungsmäßig verfahren will, und diese Auffassung wird durch die Haarspaltereien der Secessionisten nicht erschüttert. Der Reichstag wird wahrscheinlich am Sonnabend die dritte Lesung des Handelsvertrages erledigen und dann geschlossen werden können. Der Abg. **Rickert** wird allerdings morgen, unterstützt von den Secessionisten und der Fortschrittspartei, den Antrag auf commissarische Behandlung des Handelsvertrages stellen, doch erscheint die Annahme dieses Antrages sehr zweifelhaft, da die Conservativen und das Centrum demselben gegenüber sich ablehnend verhalten. Es wird also wesentlich von der Stärke der Parteien, insbesondere aber von der Haltung der Nationalliberalen abhängen, ob Commissionsberathung beliebt wird oder nicht. Innerhalb der nationalliberalen Partei ist aber nur geringe Meinung vorhanden, die Session ungebührlich in die Länge zu ziehen, während man gleichzeitig der Meinung ist, daß etwaige Wünsche in Bezug auf den Handelsverkehr mit Spanien auch ohne commissarische Berathung im Plenum zum Ausdruck gebracht werden können. Voraussichtlich wird daher der ersten Berathung des Vertrages sofort die zweite folgen.

Von den Abgg. **Rickert** und Genossen ist folgende **Interpellation** bei dem Reichstag eingebracht worden: „Am 12. Februar d. J. wurde die Wahl des Abg. Dr. **Clauswitz** für den Wahlkreis **Torgau-Liebenwerda** durch den Reichstag für ungültig erklärt. Durch Bekanntmachung des königl. preußischen Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 23. Mai c. wurde der Wahltermin auf den 5. Juli angesetzt. — Durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Merseburg ist dieser Wahltermin indeß unerwarteter Weise, während die Wahlbewegung bereits in lebhaftem Gange war, wieder aufgehoben worden. Erst in den letzten Tagen ist der Wahltermin auf den 4. September angesetzt. Der Wahlkreis Torgau-Liebenwerda ist somit nahezu sieben Monat ohne Vertretung im Reichstage. Nach §. 34 des vom Bundesrathe zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 erlassenen Wahlreglements hat „die zuständige Behörde, wenn der Reichstag die Wahl für ungültig erklärt, **sofort** eine neue Wahl zu veranlassen." — Auf die von Wählern des Wahlkreises Torgau-Liebenwerda wegen Aufhebung des bereits auf den 5. Juli angesetzten Wahltermins an den preußischen Minister des Innern gerichtete Beschwerde hat derselbe unterm 19. Juli cr. die Aufhebung des Wahltermins für gerechtfertigt erklärt, da „der §. 34 des Wahlreglements zwar die Vorschrift enthalte, daß die zuständige Behörde **sofort** eine neue Wahl zu veranlassen hat, daß indessen keine gesetzliche oder reglementarische Bestimmungen darüber bestehen, innerhalb welcher Frist derartige einzelne Ersatzwahlen spätestens vorzunehmen sind." An den Herrn Reichskanzler erlauben sich die Unterzeichneten die Anfrage zu richten: 1) Hat der Herr Reichskanzler Kenntniß von der durch die preußischen Behörden herbeigeführten Hinausschiebung der Wahl und insbesondere von der Aufhebung des bereits angesetzten Wahltermins. 2) Bejahenden Falls: ist der Herr Reichskanzler einverstanden mit der Auslegung des preußischen Ministers des Innern und wenn nicht, welche Maßregeln wird er ergreifen, um einer Wiederholung einer solchen Auslegung des Wahlreglements vorzubeugen? —" Die Interpellation ist von sämmtlichen hier anwesenden Mitgliedern der liberalen Vereinigung und der Fortschrittspartei unterstützt. Die Interpellation wird wahrscheinlich in der „außerordentlichen" Session nicht mehr zur Erledigung kommen, da, wie wir eben auseinandergesetzt, die Sitzungen bereits am Sonnabend geschlossen werden dürften.

Leipzig, 31. August 1883.

* In die **Wahlbewegung für die Erneuerung der Berliner Stadtverordnetenversammlung** sind auch die **Socialdemokraten** mit regem Eifer eingetreten. Sonst war es ihre Gewohnheit nicht, sich an Classenwahlen zu betheiligen; jetzt aber schmeicheln sie sich mit der Hoffnung, zum ersten Mal eine Anzahl ihrer Anhänger in die städtische Vertretung zu bringen. In der gegenwärtig in Berlin herrschenden Agitation für die Communalwahlen wird den Socialdemokraten auch von polizeilicher Seite ein weit freierer Spielraum gelassen, als es sonst unter der Herrschaft des Socialistengesetzes und des kleinen Belagerungszustandes gestattet ist, und man bekommt dort wieder manch kräftig Wörtlein zu hören. Die freie Bewegung, die man der Socialdemokratie gestattet, erklärt sich leicht bei einem Kampfe, der gegen die Herrschaft der Fortschrittspartei gerichtet ist. Es fehlte zwar in den jüngsten, von den Socialdemokraten geleiteten oder beherrschten Volks- und Arbeiterversammlungen in Berlin auch keineswegs an heftigen Ausfällen gegen die Conservativen und Christlichsocialen; es war aber unverkennbar, daß die Angriffe gegen die Fortschrittspartei den Rednern noch weit mehr von Herzen kamen und unter den Zuhörern noch lauteren Beifall fanden als die Anklagen gegen andere Parteien. Auch über ihre Haltung bei etwaigen engeren Wahlen zwischen Conservativen und Fortschrittsmännern verweigerten die socialdemokratischen Redner jede Auskunft. Der tiefe Haß gegen die Fortschrittspartei, der sich in der Arbeiterwelt festgesetzt hat und bei jeder Gelegenheit zum Ausbruch kommt, sollte für die erstere eine ernste Mahnung sein, zu prüfen, ob sie mit ihrer völlig negativen Haltung in den socialpolitischen Reformfragen oder dem ewigen Hinweis auf längst vergangene, heutigen Tages den Ansprüchen nicht mehr genügende Leistungen den Anforderungen entspricht, die man an eine die Volks- und Arbeiterfreundlichkeit ganz besonders im Munde führende Partei zu stellen berechtigt ist. Wo sind doch die Zeiten hin, da die Berliner Arbeiter an Schulze-Delitzsch den Nationaldank abstatteten und die „Volkszeitung" als das Organ der Arbeiterwelt gelten konnte!

* Die „Nationalliberale **Correspondenz**" schreibt zur **parlamentarischen Lage**: „Die Rede, mit welcher Staatssecretair von Bötticher im Auftrage des Kaisers den Reichstag eröffnet hat, hält sich ausschließlich an den spanisch-deutschen Handelsvertrag. Das von der Regierung betreffs der vorläufigen Inkrafttretung der Tarifvereinbarungen eingeschlagene Verfahren wird in gleicher Weise begründet, wie es in der officiösen Presse geschehen. Indeß unterscheidet sich dies officielle Actenstück von den bisherigen halbamtlichen Auslassungen sehr vortheilhaft durch seinen vollkommen correcten und klaren staatsrechtlichen Standpunct. Bekanntlich hatten officiöse Organe die vorläufige Inkrafttretung der Tarifermäßigungen als eine „bloße Verwaltungsmaßregel" bezeichnet, welche die Rechte des Reichstags gar nicht berühre. Dagegen sind nach der heutigen Eröffnungsrede die verbündeten Regierungen von vornherein darüber einig gewesen, daß für die in dem erwähnten Verfahren „liegende Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung die Indemnität bei den gesetzgebenden Körpern demnächst nachzusuchen sein würde." Daß dies nicht alsbald geschehen, wird mit der durch die Jahreszeit bedingten Rücksicht auf die persönliche Belästigung der Reichstagsmitglieder begründet. Aber auch hier unterscheidet sich die Eröffnungsrede vortheilhaft von der officiösen Publicistik. Während nämlich die „Prov.-Corr." die Sache so darstellte, als ob jene durch die Jahreszeit gebotenen Rücksichten nunmehr im Wesentlichen als wegfallend zu betrachten seien, geht die Eröffnungsrede von der Anschauung aus, daß die Lage nach wie vor dieselbe, daß aber ein „unerwarteter Umstand" eingetreten ist, welcher dem Kaiser Anlaß gegeben hat, die der sofortigen Einberufung entgegenstehenden Bedenken zurücktreten zu lassen. Dieser Umstand ist der, „daß nicht nur vereinzelte Stimmen, sondern die Organe weiter Kreise übereinstimmend gegen die Abweichung von dem Buchstaben der Verfassungsbestimmungen Klage erhoben und dem in anderen Verfassungsstaaten thatsächlich in Uebung stehenden Princip eines Indemnitätsverfahrens jede Anwendbarkeit auf die Reichsverfassung bestritten haben". Im Grunde ist es also nach der Darstellung der Eröffnungsrede die Rücksicht auf die öffentliche Meinung gewesen, was die Reichsregierung veranlaßt hat, die von ihr den verbündeten Regierungen bereits als nothwendig gehaltene Indemnität ohne weitere Verzögerung nachzusuchen. Mit dieser offenen Anerkennung des allein correcten verfassungsmäßigen Verhältnisses dürfte einer breiten Ausspinnung der staatsrechtlichen Controverse in den bevorstehenden Debatten vorgebeugt sein. Soweit wir es beurtheilen können, hat die Eröffnungsrede einen allgemein befriedigenden Eindruck gemacht."

* Von der **Ostseeküste**, 27. August, wird der „Allgemeinen Zeitung" geschrieben: „Wenn eine That des **Fürsten Bismarck** und seiner Leitung der **auswärtigen Politik Deutschlands** während des letzten Decenniums die ungetheilte Anerkennung der Bevölkerung an der deutschen Ost- und Nordseeküste gefunden hat, so ist dies entschieden das durch ihn hervorgerufene enge Bündniß der beiden mächtigen Kaiserreiche **Deutschland und Oesterreich-Ungarn**. Gerade die Seehandel und Seeschifffahrt in allen fünf Welttheilen treibende Bevölkerung unserer norddeutschen Seeküsten erkennt den Werth der Freundschaft Oesterreichs und die Verstärkung unserer Streitkräfte zur See durch eine österreichisch-ungarische Flotte am besten. Durch ihr musterhaftes Benehmen während des Krieges von 1864 gegen Dänemark und ihre Tapferkeit in dem Seetreffen bei Helgoland steht die Kriegsflotte mit dem Doppeladler auch noch in besonders gutem Andenken in unseren norddeutschen Häfen, und man begrüßt sie stets mit der lebhaftesten Freude, wenn sich deren Schiffe in mehr oder minder langen Zwischenräumen daselbst wieder zeigen. Besonders jetzt, wo der kaiserliche Kriegstransportdampfer „Pola", welcher die Mitglieder der öster-